

## Haltung von Tieren zum Zwecke der Zucht

### Was gilt es zu beachten?

Gemäß § 31 (4) TSchG<sup>1</sup> ist, sofern die Haltung von Tieren zum Zwecke der Zucht oder des Verkaufs, ausgenommen von in § 24 Abs. 1 Z 1 genannten Tieren<sup>2</sup> im Rahmen der Land- und Forstwirtschaft oder Tieren in Zoos oder Tieren in Zoofachhandlungen, nicht bereits einer Genehmigung nach Abs. 1 bedarf, sie vom Halter der Behörde (= Bezirksverwaltungsbehörde) vor Aufnahme der Tätigkeit zu melden. **Die Anzeige hat den Namen und die Anschrift des Halters, die Art und Höchstzahl der gehaltenen Tiere sowie den Ort der Haltung zu enthalten.** Wird anlässlich einer Kontrolle festgestellt, dass die Haltungsbedingungen nicht den Anforderungen dieses Gesetzes oder einer aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Verordnung entsprechen, hat die Behörde die Setzung entsprechender Maßnahmen innerhalb einer angemessenen Frist vorzuschreiben. Kommt der Halter dem innerhalb der von der Behörde gesetzten Frist nicht nach, hat die Behörde § 23 Abs. 2 und 3 sinngemäß anzuwenden. **D.h. sollte die die Haltung zur Zucht nicht der Anmeldung gemäß oder nicht den gesetzlichen Vorgaben entsprechend erfolgen, hat die Behörde die Möglichkeit mit Bescheid die zur Erreichung des rechtmäßigen Zustandes notwendigen Maßnahmen vorzuschreiben und die Untersagung der Haltung zum Zwecke der Zucht anzudrohen.** Kommt der Züchter / die Züchterin innerhalb der im Bescheid festgesetzten Frist den Vorschriften nicht nach, hat die Behörde die Haltung von Tieren zum Zwecke der Zucht zu untersagen. Parallel zu den oben angeführten Maßnahmen wird von der Behörde ein Verwaltungsstrafverfahren eingeleitet.

---

<sup>1</sup> Tierschutzgesetz

<sup>2</sup> *Pferden und Pferdeartigen, Schweinen, Rindern, Schafen, Ziegen, Schalenwild, Neuweltkameliden, Kaninchen, Hausgeflügel, Straußen und Nutzfischen*

## Verbot der Tierquälerei - Qualzuchtungen

### Tierschutzgesetz

§ 5 (1): Es ist verboten, einem Tier ungerechtfertigt Schmerzen, Leiden oder Schäden zuzufügen oder es in schwere Angst zu versetzen.

§ 5 (2) Z 1: Gegen Abs. 1 verstößt insbesondere, wer Züchtungen vornimmt, bei denen vorhersehbar ist, dass sie für das Tier oder dessen Nachkommen mit Schmerzen, Leiden, Schäden oder Angst verbunden sind (**Qualzuchtungen**), sodass in deren Folge im Zusammenhang mit genetischen Anomalien insbesondere eines oder mehrere der folgenden klinischen Symptome bei den Nachkommen nicht nur vorübergehend mit wesentlichen Auswirkungen auf ihre Gesundheit auftreten oder physiologische Lebensläufe wesentlich beeinträchtigen oder eine erhöhte Verletzungsgefahr bedingen:

- a) Atemnot,
- b) Bewegungsanomalien,
- c) Lahmheiten,
- d) Entzündungen der Haut,
- e) Haarlosigkeit,
- f) Entzündungen der Lidbindehaut und/oder der Hornhaut,
- g) Blindheit,
- h) Exophthalmus,
- i) Taubheit,
- j) Neurologische Symptome,
- k) Fehlbildungen des Gebisses,
- l) Missbildungen der Schädeldecke,
- m) Körperformen, bei denen mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden muss, dass natürliche Geburten nicht möglich sind,

oder **Tiere mit Qualzuchtmerkmalen importiert, erwirbt, vermittelt, weitergibt oder ausstellt;**

§ 44 (17): Bei bestehenden Tierrassen, bei denen **Qualzuchtmerkmale** auftreten, liegt kein Verstoß gegen § 5 Abs. 2 Z 1 vor, wenn durch eine laufende Dokumentation nachgewiesen

werden kann, dass durch züchterische Maßnahmen oder Maßnahmenprogramme die gesundheitlichen Beeinträchtigungen der Nachkommen reduziert und in Folge beseitigt werden. Die Dokumentation ist schriftlich zu führen und auf Verlangen der Behörde oder eines Organes, das mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes beauftragt ist, zur Kontrolle vorzulegen.

### **Verordnung betreffend Ausnahmen von der Meldepflicht für die Haltung von Tieren zum Zweck der Zucht und des Verkaufs**

§ 5 (3): Personen, welche Muttertiere aus Tierrassen, bei denen **Qualzuchtmerkmale** auftreten, zur Zucht einsetzen, haben anlässlich einer Meldung gemäß § 31 Abs. 4 TSchG mitzuteilen, welche Maßnahmen nach § 44 Abs. 17 TSchG ergriffen werden.

Bei der Darstellung der Maßnahmen gemäß § 44 Abs. 17 TSchG ist insbesondere anzuführen, wie die Dokumentation der Verpaarungen und Geburten bzw. Würfe erfolgt beziehungsweise gewährleistet wird und welche zusätzlichen diagnostischen Maßnahmen (zB Röntgen-diagnosen bei Lahmheit oder bei neurologischen Symptomen, Rhinomanometrie und Belastungstest bei Atemnot, Hirnstammaudiometrie bei vermuteter Taubheit, Augenuntersuchung bei Entzündungen der Bindehaut/Hornhaut, bei vermuteter Blindheit oder bei hervorquellenden Augen, allenfalls erforderliche molekulargenetische Diagnostik) neben der klinischen Untersuchung eingesetzt und gewertet werden, um die Erreichung des Zieles der Vermeidung von Qualzuchtmerkmalen bei der konkreten Verwendung der jeweiligen Tiere in der Zucht nachvollziehbar zu gewährleisten.

Weitere Informationen dazu sind z.B. auch in der Info-Broschüre zum Verbot der Qualzucht „Kurznasen, Hautfalten und Glubschaugen – nicht süß, sondern gequält!“ zu finden [[Kurznasen, Hautfalten und Glubschaugen – nicht süß, sondern gequält! \(verbrauchergesundheit.gv.at\)](http://www.verbrauchergesundheit.gv.at)]<sup>1</sup>

---

*1 Abfragedatum: 27.04.2021*

---

NÖ TIERSCHUTZOMBUDSSTELLE

3109 St. Pölten, Rennbahnstraße 29 (Tor zum Landhaus)

Telefon: +43 (2742) 9005/15578 – Telefax +43 (2742) 9005/8915578

E-Mail [post.tso@noel.gv.at](mailto:post.tso@noel.gv.at) – Internet <http://www.noel.gv.at> – [www.noel.gv.at/datenschutz](http://www.noel.gv.at/datenschutz)

## Chip- und Registrierungspflicht gemäß § 24a Tierschutzgesetz

### Hunde

Alle im Bundesgebiet gehaltenen **Hunde** sind mittels eines zifferncodierten, elektronisch ablesbaren Microchips auf Kosten des Halters von einem Tierarzt kennzeichnen zu lassen.

**Welpen sind spätestens mit einem Alter von drei Monaten, jedenfalls aber vor der ersten Weitergabe so zu kennzeichnen.**

Jeder Halter von Hunden gemäß Abs. 3 ist verpflichtet sein Tier binnen eines Monats nach der Kennzeichnung, Einreise oder Übernahme - jedenfalls aber vor einer Weitergabe - unter Angabe der Daten gemäß Abs. 2 Z 1 lit. a bis g und Z 2 lit. a bis f zu melden.

### Katzen

Alle im Bundesgebiet gehaltenen **Katzen, die zur Zucht verwendet werden**, sind mittels eines zifferncodierten, elektronisch ablesbaren Microchips auf Kosten des Halters von einem Tierarzt kennzeichnen zu lassen. Jungtiere, die für die Zucht verwendet werden sollen, sind spätestens vor Ausbildung der bleibenden Eckzähne so zu kennzeichnen.

Jeder Halter von Zuchtkatzen, das sind Katzen, die zur Zucht verwendet werden oder verwendet werden sollen, ist verpflichtet, sein Tier **binnen eines Monats** nach der Kennzeichnung oder Übernahme eines bereits gekennzeichneten Tieres unter Angabe der Daten gemäß Abs. 2 Z 1 lit. a bis g und Z 2 lit. a bis f **zu melden**.

## Aufzeichnungspflicht gemäß § 21 Tierschutzgesetz

Der Halter hat Aufzeichnungen über alle medizinischen Behandlungen und, soweit es sich um Säugetiere, Vögel oder Reptilien handelt, die Anzahl der toten Tiere zu führen, soweit eine landwirtschaftliche Tierhaltung oder Tierhaltung gemäß § 6 Abs. 3, § 25 Abs. 1 zweiter Satz und Abs. 4, §§ 26, 27, 29 und 31 vorliegt. Diese Aufzeichnungen sind für mindestens 5 Jahre aufzubewahren.

### **Kundeninformation gemäß § 31 (2) Tierschutzgesetz**

Gemäß § 31 (2) TSchG In Tierhandlungen sind diese Personen verpflichtet, Kunden über die tiergerechte Haltung und die erforderlichen Impfungen der zum Verkauf angebotenen Tiere zu beraten sowie über allfällige Bewilligungspflichten zu informieren. Die Erfüllung dieser Verpflichtung muss der Behörde, etwa in Form der Bereithaltung entsprechender Informationsangebote, glaubhaft gemacht werden können. Bei der Abgabe von Hunden oder Katzen ist eine solche Information auch vom Züchter durchzuführen.

### **Sicherstellung der Unterbringung gemäß § 31a (2) Tierschutzgesetz**

Wer Tiere, ausgenommen jene die in § 24 Abs. 1 Z 1 genannt sind, abgibt, hat sicherzustellen, dass Tiere, die im Rahmen der Gewährleistung zurückgenommen werden, in der eigenen oder einer von ihm beauftragten, gemäß § 29 oder § 31 bewilligten Einrichtung oder eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebs in Österreich untergebracht werden können.

#### Hinweis

Die Prüfung einer Meldung erfolgt ausschließlich auf Grundlage des Tierschutzgesetzes. Ob die geplante Haltung auch aufgrund anderer Rechtsmaterien (wie etwa Flächenwidmung, Raumordnung, Baurecht) zulässig ist, wird dabei nicht beurteilt. Für entsprechende Informationen wenden Sie sich bitte an die zuständige Gemeinde.

Version 2  
27.04. 2021  
NÖ-TSO-ÖA-6/025-2021